

AUSSPRACHE

Gewerkschaftliche Lohnpolitik in der Hochkonjunktur

Zu dem interessanten Artikel von Dr. Ehrenberg (GM 3/62) scheinen mir noch einige Bemerkungen nötig:

Ehrenberg fordert, wenn ich ihn recht verstehe, eine aggressive gewerkschaftliche Lohnpolitik bei kontraktiver Zentralbankpolitik. Damit soll die Lohnquote, d. h. der Anteil des kontraktbestimmenden Einkommens am gesamten Volkseinkommen, gesteigert werden, bei gleichzeitiger Verhütung einer konjunkturellen Stagnation und Schrumpfung des Volkseinkommens; das ist, positiv ausgedrückt, bei gleichzeitig anhaltender Vollbeschäftigung und sogar wirtschaftlichem Wachstum.

Bei einer Betrachtung der Möglichkeiten der Verfolgung der obigen Ziele unter den genannten Bedingungen ist es notwendig, die kurzfristigen Folgen von den langfristigen zu trennen. Kurzfristig (das ist in der Regel aber auch kurzfristig) betrachtet, wird man die Lohnquote mit einer aggressiven Lohnpolitik ohne weiteres um einige Punkte steigern können. Bei dieser Politik in unserer Ordnung von der Bundesbank verlangen, daß sie ihr Instrumentarium einsetzt, um das Preisniveau zu halten, heißt aber zuviel von ihr verlangen, es sei denn, man hebt den freizügigen Zugang des deutschen Kapitals zum internationalen Markt auf und der Staat ändert kurzfristig seine Finanzpolitik. Geschieht das nicht und will man Vollbeschäftigung, und darunter verstehe ich Vollbeschäftigung in allen Bereichen, dann wird man die Preise nicht halten können.

An der Stabilität der Preise als wirtschaftspolitischem Ziel sollte aber nicht gerüttelt werden. Mir ist keine Geldwertverschlechterung bekannt, bei der die Unternehmer die Dummen gewesen wären oder sich die Verteilung zu deren Ungunsten verändert hätte, gerade das Gegenteil ist der Fall.

Für die Lohnbezieher wäre es günstiger, wenigstens kurzfristig den Götzen Wachstum zu opfern.

Kurzfristig gesehen kann eine aggressive Lohnpolitik also die Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer etwas verbessern, wobei die damit verbundene Problematik nicht außer acht zu lassen ist.

Macht man sich die neueren Absätze der volkswirtschaftlichen Verteilungstheorie zu eigen, dann kommt man bei einer langfristigen Betrachtung zu folgendem Ergebnis: Nur eine Verringerung des Monopolisierungsgrades und eine drastische Senkung der indirekten Steuern haben langfristig die Wirkung, die

Lohnquote zu erhöhen. Maßnahmen, die kurzfristig die Verteilung positiv für die Bezieher kontraktbestimmter Einkommen beeinflussen, haben langfristig meist eine entgegengesetzte Wirkung, mit Ausnahme der Wirkung auf das Preisniveau. Der Lohnpolitik kommt demnach langfristig gesehen hinsichtlich der Verteilung eine nur noch defensive Bedeutung zu.

Dazu kommt, daß die Unternehmer von einer aggressiven Lohnpolitik nicht allzuviel zu befürchten haben; mit etwas Geschrei und im übrigen einer großzügigen Weitergabe der Kostenerhöhungen in den Preisen weiß man sich zu helfen. Wie unpopulär dagegen in Unternehmerkreisen alle Maßnahmen sind, die geeignet scheinen, etwas zur Auflockerung des Wettbewerbs zu tun, zeigen die Debatten der letzten Jahre.

Ebenso unpopulär ist in den derzeit herrschenden Kreisen eine Senkung der indirekten Steuern, obwohl jedermann von deren unsozialer regressiver Wirkung überzeugt ist. Die Indirektheit steht auch nur noch in alten Lehrbüchern.

Eine Durchforschung der Wettbewerbshemmnungen und Senkung der „indirekten“ Steuern müßte von der Legislative ausgehen. Die Initiative kann und muß aber aus dem außerparlamentarischen Raum kommen. Einmal Gesetz geworden, wären die genannten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Verteilung bestimmt wirksamer als die Lohnpolitik. Dazu kommt, daß die Verfechter dieser Forderungen die neoliberalen Väter unserer Ordnung auf ihrer Seite hätten, und denen schwören ihre offiziellen Jünger in der Öffentlichkeit noch nicht gerne ab. —

Noch ein anderer Zusammenhang, der in dem Artikel Ehrenbergs eine Rolle spielt, scheint mir dort etwas ungenau formuliert zu sein. Er spricht am Anfang davon, daß eine Lohnpolitik dann richtig ist, wenn sie ein weiteres Wachstum der Wirtschaft gewährleistet. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen will er gleichzeitig eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsquote und fragt nach dem Sinn weiterer sehr hoher Investitionen, ja, zeigt als Ende der Entwicklung die Absatzkrise.

Ohne hier auf Einzelheiten der Wachstumstheorie eingehen zu wollen, gilt es doch zu fragen, ob sich eine hohe Investitionsquote und eine ordentliche Wachstumsrate nicht gegenseitig bedingen. Nach meiner Meinung hatten die Investitionen 1950 einen höheren Kapazitätseffekt als die von 1960, zudem ging 1960 ein größerer Teil ins Ausland. Die Investitionsquoten sind also nicht ohne weiteres vergleichbar. Außerdem scheint mir die Ankurbelung der Nachfrage nach Konsumgütern heutzutage kein Problem mehr. Von einer nahenden Absatzkrise zu sprechen, scheint mir deswegen doch nicht gerechtfertigt.

Kurt Sroka, Frankfurt a. M.